

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktion:
Tageblatt Riesa,
General Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptnotariats Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1882,
Konton:
Riesa Nr. 22.

Nr. 119.

Mittwoch, 23. Mai 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertages von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftzeile (6 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demotippler Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Weghler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Versandes oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ranga & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gießstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Englands Antwort zum Kellogg-Pakt.

Die Stellungnahme Englands zu der amerikanischen Aktion ist ungefähr so ausgefallen, wie man es sich nach allem, was bisher bekannt geworden war, vorge stellt hatte. England bewegt sich mit seiner Antwort ungefähr auf der französischen Linie, sucht jedoch in der Formulierung möglichst nahe an die amerikanischen Wünsche heranzukommen. Die Stellungnahme ist nach Rücksprache bei den Dominions erfolgt und hält sich auch inhaltlich im Rahmen der britischen Weltmachtidee. Außerdem läßt die Antwort erkennen, daß Chamberlain in den Vorverhandlungen mit Briand bereits ein festes Jugendumis gemacht hat, das sich auf die bündnispolitische Sonderlage Frankreichs bezieht. Die Erklärungen, die Kellogg selbst zu seinem Paktvorschlages gegeben hat, als er über das Verhältnis des Paktes zu den bestehenden Verträgen sprach, haben den Inhalt und zum Teil wohl auch den Umfang der englischen Note bestimmt. Diese Note hat den Zweck und zeigt ihn sehr deutlich, den Franzosen den Beitritt zu dem Pakt zu erleichtern. Es fragt sich nur, ob die Fülle dieser Brücke, die England bauen will, in genügend tragfähigen Grund hineingetrieben werden können, um ein Werk von wirklich praktischer Bedeutung zu schaffen. In einem Teil der englischen Presse ist man der Ansicht, daß Chamberlain Frankreich weiter entgegengekommen ist als es sich im Hinblick auf die Beziehungen zu Amerika für zweckentsprechend halten läßt. Das Bedürfnis nach Unterhütung in der antirussischen Politik hat hier England wohl weiter getrieben, als es unter anderen Umständen gegangen sein würde.

Die englische Antwort ist recht unklar im Bezug auf die Festlegung derjenigen Bündnisvereinbarungen, die mit dem Kellogg-Pakt in Einklang zu bringen sind. Es besteht Übereinstimmung mit der deutschen Note darin, daß das Völkerbündnis und die Völkerverträge nicht im Widerspruch zu dem Grundgedanken des Westfriedenspaktes zu stehen brauchen, sobald man den Völkerbund und die Völkerverträge auf ihren letzten und wie man annehmen sollte, für alles Letztliche entscheidenden Sinn zurückführt. Wie steht es nun aber mit den militärischen Sonderverträgen und Bündnissen Frankreichs, die eine deutlich spürbare Spitze gegen die mitteleuropäischen Mächte haben? Dieses System von Bündnis ist in England durchaus nicht beliebt. Daß etwa der amerikanische Senat sich mit diesen unruhigen und gefährlichen Abmachungen abfinden kann, ist auf keinen Fall zu erwarten. Es ist ferner nicht der Sinn des amerikanischen Friedensschrittes, daß Polen und die kleine Antante mit ihren Militärabmachungen auf diese Weise durch Amerika sanktioniert werden, nachdem Amerika sich nicht nur von diesem Teile der europäischen Politik, sondern sogar vom Völkerbund und den aus dem Völkerbündnis sich ergebenden Verpflichtungen herausgehalten hat. Allmählich treten die großen politischen Reservatgebiete immer deutlicher zutage. Die amerikanische Monroe-Doktrin umfaßt Panama und Nicaragua. England hat sein Weltreichgebiet herausgenommen und ausdrücklich den Grundgedanken betont, daß die Engländer sich durch keinen Vertrag daran hindern lassen wollen, die Unverletzlichkeit ihres Empire zu schützen, wenn irgendwo eine gegnerische Macht, z. B. in Ägypten, in den Lebenskreis des englischen Reiches eindringen sollte. So werden auch andere Mächte ihre "lebenswichtigen" Sonderforderungen stellen, z. B. Japan in Ostasien und der Mandchurie, Italien mit Rücksicht auf die aus seinem Bevölkerungszuwachs sich ergebenden und immer wieder betonten Ausdehnungsbedürfnisse. Das amerikanische Gefühl, das den Substrat des Friedens auffangen soll, dürfte also durch die verschiedenen Einwände und Ausnahmeforderungen so durchlöchert werden, daß es nur noch ein Sieb darstellt und zum praktischen Verbrauch ungeeignet ist. Das ist aber sicher nicht der Sinn eines Schrittes, an welchem vor allem die Großzügigkeit und Ausschließlichkeit eines Willens imponiert war, einmal von Grund auf die heillos verwickelten und gefährlichen politischen Verhältnisse zu klären. Der Knoten sollte durchschlagen werden, weil es sich als nahezu unmöglich herausgestellt hatte, ihn zu entwirren. Die französischen Absichten, von denen England zum mindesten nicht abgerückt ist, wollen aber keine Verschlagung und nicht einmal den Versuch einer Entwirrung der politischen Verhältnisse. In Deutschland hatte man dem amerikanischen Entwurf so rückhaltlos und aus innerer Überzeugung beifallig zugestimmt, weil er bei wirklicher Durchführung nicht in dem Enttäuschungen und Halbheiten stehen würde, wie sie der Völkerbund immer wieder aufzuweisen hat. Man wird die amerikanische Antwort abwarten müssen. Die englische Erklärung hat wenigstens den Vorzug vor der französischen Note, daß sie noch auslegbar ist und nicht von vornherein alle Wege ins Freie versperrt.

Der Verfassungstag als Nationalfeiertag?

X Berlin. Der Reichsratsausschuss für innere Verwaltung, Geschäftsordnung und Verfassung beschäftigt sich dem V. L. zufolge getrennt in vertraulicher Sitzung mit dem Antrage Breubens auf Erhebung des Verfassungstages zum Nationalfeiertag. Der Bericht des Reichsratsausschusses kommt in der nächsten Vollversammlung des Reichsrats am Donnerstag nachmittag zur Verhandlung. Wie der "Vorwärts" meldet, stimmte der Geschäftsausschuss des Reichsrats dem preussischen Antrag zur Erhebung des Verfassungstages zum Nationalfeiertag zu.

Die erste offizielle Fahrt des Opel-Kaufmannswagens.

Berlin. (Funkfunk.) Auf der Koubahn fand heute vormittag die erste offizielle Fahrt des Opel-Kaufmannswagens statt. Die Vorführung ist voll gelungen: Frh von Opel startete mit dem Wagen um 10 Uhr 45 und fuhr die Bahn mit einer Höchstgeschwindigkeit von 195 Kilometer. Um nicht die Unbeteiligten zu gefährden, war der Start 100 Meter von der Tribüne entfernt verlegt worden. Die geladenen Gäste und die Einwohner nahmen ihn zuerst durch plötzliche Startbetonationen wahr, gleich darauf lauschte der Wagen auch bereits mit einem riesigen Feuerknack

schweif vorbei. Nach der Fahrt wurden Frh von Opel, Sonder und Walkers kühnlich gefeiert. Unter den Gästen befanden sich unter anderen Reichsfinanzminister Dr. Brücher, Reichsernährungsminister Schiele, Staatssekretär Zwölger vom Reichsinnenministerium, Staatssekretär Weigner, Major von Hindenburg, Staatssekretär Kumbler von der Reichsbahn, der preussische Innenminister Orzeszinski, Polizeipräsident Herrschel, Polizeikommandant Grimmondberg, Vizepräsident Weich, der Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Quenzer.

Die Möglichkeiten der Kabinettsbildung im Reich.

Volkspartei für Große Koalition? — Stresemann bleibt?

oda. Berlin. Nachdem sich als Ergebnis der Reichstagswahlen vom 20. Mai herausgestellt hat, daß weder eine rein bürgerliche Regierung, wie sie bisher bestand, noch die sogenannte Weimarer Koalition sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen könnten, erörtert man in parlamentarischen Kreisen lebhaft die Möglichkeit der sogenannten Großen Koalition, bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten. Die Initiative zur Neubildung der Regierung geht, sobald das bisherige Kabinettsmitglied erklärt hat, zunächst dem Reichspräsidenten. Man zweifelt aber nicht daran, daß dieser sich zuerst an die Sozialdemokratie als die stärkste und sogar mit Mandatsgewinnen aus dem Wahlkampf zurückgekehrte Partei wenden wird. Man ist in parlamentarischen Kreisen auch davon überzeugt, daß die Sozialdemokraten einen Mann zur Verfügung stellen und daß dieser sich dann bemühen wird, ein Kabinettsmitglied der Großen Koalition zustande zu bringen, wie es dem Wohlergehen entspricht. Schon vor dem Amtsantritt des gegenwärtigen Kabinetts Marx ist ja auch eine Regierung der Großen Koalition angedacht worden. Sie scheiterte nicht an der Haltung des Zentrums und der Demokraten. Der Wahlausfall hat naturgemäß an der Stellung dieser beiden Parteien zur Frage der Großen Koalition nichts geändert. Aber auch bei der Deutschen Volkspartei, die vor fünf Vierteljahren ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten vorzog, begegnet heute der Gedanke der Großen Koalition keinen grundsätzlichen Bedenken mehr. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger von maßgebender Volksparteier Seite hört, würde diese Partei sich zu Verhandlungen über die Große Koalition bereit erklären, falls die Sozialdemokraten mit einem solchen Vorschlag an sie herantreten. Ob diese Verhandlungen zu einem Erfolge führen, würde von den Sicherungen abhängen, die die Sozialdemokratie der Deutschen Volkspartei ausgedehnt bereit wäre.

Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß es zu irgend welcher Fühlungnahme zwischen den Parteien bisher noch nicht gekommen ist. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die endgültige Mandatsverteilung nach Ablauf der Erklärungsfrist usw. erst

geraume Zeit nach Pfingsten vorliegen wird. Mit ernsthaften Überlegungen über die Kabinettsbildung rechnet man überhaupt erst nach dem Zusammentritt des Reichstags, den man nicht vor dem 12. Juni erwartet.

Da aber mithin die tatsächlichen Grundlinien der Kabinettsbildung noch ungeklärt sind, so erörtern Kombinationen über die persönliche Zusammensetzung des neuen Kabinetts erst recht als möglich. Manche Parlamentarier machen allerdings schon heute darauf aufmerksam, daß außenpolitische Gründe für ein Verbleiben Dr. Stresemanns auch in dem neuen Kabinetts sprechen. Im Gegensatz dazu behauptet ein Düsseldorfener Blatt, man wolle Dr. Stresemann mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand zur künftigen Ueberführung nach dem Süden veranlassen. Die Gründe dafür lägen zum Teil auch darin, daß zwischen dem Minister und einigen maßgebenden Persönlichkeiten der Volkspartei Meinungsverschiedenheiten entstanden seien, sodas ein weiteres Verbleiben Dr. Stresemanns an der Spitze der Partei den Austritt einiger Mitglieder zur Folge haben würde. Der hauptsächlichste Vorwurf sei, daß Dr. Stresemann schon zu Beginn des Wahlkampfes ziemlich einseitig für die Große Koalition sich eingesetzt habe.

Von maßgebender Volksparteier Seite wird jedoch dem Nachrichtenbüro des V. L. erklärt, daß diese Behauptungen sämtlich völlig aus der Luft gegriffen sind. Man verweist im Zusammenhang hiermit auf den Wahlausfall der V. L., in welchem gerade mit Rücksicht auf die schwere Erkrankung des Parteiführers diesem treue Gefolgschaft vorzuziehen wurde.

Zentrum nur 61, Bayerische Volkspartei 17 Mandate.

Bu dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis kommt eine weitere Korrektur. Wie das Nachrichtenbüro des V. L. erklärt, ist der in der W. L. gemeldete Abg. Bayersdorfer nicht dem Zentrum zuzurechnen, wie es die erste amtliche Meldung tat, sondern der Bayerischen Volkspartei. Damit ermäßigt sich die Zahl der Zentrumsmandate im neuen Reichstag von 62 auf 61, während sich die Zahl der Bayerischen Volksparteier von 16 auf 17 erhöht. An zweiter Stelle nannte die W. L. die W. L. der Bayerischen Volkspartei den bisherigen Zentrumsgesandten Hofmann-Ludwigshafen. Dieser ist in der W. L. nicht gewählt worden, er ist aber, wie wir weiter hören, auf der Reichsliste des Zentrums gewählt.

Die „Stafia“ wieder aufgeflogen.

Ringsbau. (Funkfunk.) Die „Stafia“ ist heute früh um 4 Uhr 40 Minuten bei günstigem Wetter wieder aufgeflogen.

Das Stärkeverhältnis der Parteien in den deutschen Reichstagen.

Das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen erhält seine besondere Bedeutung, wenn man es in die Nachkriegsentwicklung des letzten Jahrzehntes einreißt und nicht nur auf die letzte vergangene Wahlen bezieht. Seit dem Bestehen der deutschen Republik hat es mit der Nationalversammlung 5 Volkvertretungen gegeben. 1920 trat der erste Reichstag zusammen, nachdem in der Nationalversammlung die Verfassung beschlossen war. Das Jahr 1924 brachte zwei Wahlen im Mai und Dezember. In der Nationalversammlung kamen die Sozialdemokraten, die damals noch in zwei Gruppen zerfielen, mit 43,9%, der Abgeordnetenliste nahe an die Mehrheit heran. Die Kommunisten hatten sich in Ablehnung des demokratischen Staates überhaupt noch nicht an der Wahl beteiligt. Das Zentrum, von welchem die Bayerische Volkspartei noch nicht abgepalten war, erzielte 21,6%, die Deutschnationalen 10,5%, die Volkspartei 4,5%. Die Sozialdemokratie erreichte 1920 noch einmal 37%, laut Mai 1924 mit 21,2%, auf ihren tiefsten Stand, erreichte Dezember 1924 6,5%, und stieg jetzt wieder auf 31,1%. Das Zentrum hat sich etwa in der gleichen Stärke seit 1920 erhalten, jedoch augenblicklich mit 12,7%,

seinen tiefsten Punkt erreicht. Die Deutschnationalen haben 1924 mit 22,4%, ihre größte Stärke erreicht und sind augenblicklich wieder auf 15%, herunter gegangen. Die Christlichsozialistische Partei hat mit den Zahlen 0,8% (1920), 3,2% (1924 Mai), 4,3% (1924 Dezember), augenblicklich mit 4,7%, ihren höchsten Stand erreicht. Die Demokraten sind ständig in ihrem Bestand zusammengeschmolzen und zwar von 17,8% der Nationalversammlung auf 6,1%, des gegenwärtigen Reichstages. Diese Zahlen sprechen recht gut die politische Stimmungsbewegung im neuen Deutschland wieder.

Boul Boncour und die deutschen Wahlen.

X Paris. Einem Mitarbeiter des auf der äußersten Rechten stehenden nationalistischen "Gaulois" gegenüber äußerte sich der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour zu den deutschen Wahlen. Die Eindrücke, so sagte er, sind vom Standpunkt der Zukunft des Friedens aus unbefriedigend; aber ich glaube nicht, daß die durch die Wahlen entstandene neue Lage über folgenden Rahmen hinausgeht: Wichtige Lage für eine moralische Annäherung und leichtere Verhandlungen. Die Sozialdemokraten sind Patrioten, und ich mache ihnen daraus keinen Vorwurf. Ich bin sogar mehr als einmal ihren Angriffen ausgesetzt gewesen; denn sie wissen, daß ich die Abteilmannschaft nicht ohne Bewährung bezweifelnder Kombinationen, Garantien und Sicherheitsfäden ins Auge fassen könnte. Wir müssen entschlossen sein, aus den deutschen Wahlen die für Europa und die Welt sich ergebenden Vorteile zu ziehen. Ohne im geringsten ihre Bedeutung und ihre Wichtigkeit, die sie enthalten können, verringern zu wollen, wiederhole ich aber, daß die großen Schwierigkeiten fortzuhalten und daß im Interesse beider Länder Verzicht auf Blase ist.